

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 88 848-48 ppbn d

Inhalt

Gerhard Jahn MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, weist am Thema "Wiedervereinigung" der Opposition ihre Sucht nach, Feindverhältnisse aufzubauen.

Seite 1/2

Lenelotte von Bothmer MdB verurteilt die Wahl-Farce von Rhodesien und fragt, nach der Reaktion des Westens auf den Wahlbetrug des Jan Smith.

Seite 3/4

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag, über neue Wege der Entwicklungspolitik.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

34. Jahrgang / 76

20. April 1979

Hat Strauß Verrat geübt?

Fragen an Dr. Friedrich Zimmermann MdB

Von Gerhard Jahn MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Der Vorsitzende der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag, Friedrich Zimmermann, hat am 18. April 1979 im DUD einen Artikel veröffentlicht, in dem er unter anderem schreibt:

"Wer wie Herbert Wehner sagt, das Wort Wiedervereinigung passe nicht in die Entwicklung, bringt zum Ausdruck, daß er der menschen- und freiheitsfeindlichen Praxis kommunistischer Machthaber höheren Rang zumißt als der von den Deutschen beiderseits von Mauer und Stacheldraht gewünschten Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands...."

Herbert Wehner hat mit seinem Interview ein weiteres Stück der Maske fallen lassen, derer er sich zur Täuschung des Wahlbürgers so lange bedient hat. Wenn sich die Bundesregierung nicht umgehend und eindeutig von diesen einzig Moskau nützlichen Vorstellungen Wehners distanziert, muß auch sie sich den schwersten Vorwurf gefallen lassen, der Politikern gegenüber erhoben werden kann: Nämlich Verrat zu üben an dem Land, dessen Nutzen zu mehrern sie dem Volk versprochen und im Deutschen Bundestag beschworen haben."

Herr Dr. Zimmermann muß dazu die Frage beantworten, wessen er seinen eigenen Parteilovorsitzenden beschuldigen will.

Bei verschiedenen Gelegenheiten hat Franz Josef Strauß sich gegen ein Verständnis von Wiedervereinigung im Sinne national-staatlicher Restauration gewandt. So auf einer CSU-Landesversammlung am 6./9. Oktober 1966 in München, zitiert aus dem Buch "Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F.J. Strauß", Pahl-Rugenstein-Verlag:

o "Es geht bei dem Problem der staatlichen Wiederherstellung Deutschlands nicht um die Wiederherstellung eines großdeutschen Nationalstaates, gleichgültig innerhalb welcher Grenzen. Nur wenn die Wiedervereinigung nicht länger im Gewande einer nationalstaatlichen Restauration erscheint, kann sie ihrer Verwirklichung nähergebracht werden."

Bereits ein halbes Jahr zuvor hatte Strauß in einem Interview in "Die Zeit" vom 8. April 1966 den gleichen Gedanken ausführlich erläutert:

o "ZEIT: Sie haben die Formel geprägt, man müsse die deutsche Frage europäisieren.

Strauß: Ja.

ZEIT: Eine solche Forderung, vorgetragen auf der Basis deutscher Intransigenz - Festhalten an allem: Oder-Neiße-Forderungen, Münchner Abkommen, Atomwaffen-Option -, könnte von unseren Nachbarn im Osten wie im Westen eher ausgelegt werden als der Versuch, die europäische Frage zu germanisieren, Europa zum Vorspann deutscher Gelüste zu machen. Wird es nicht, damit Europa von solchen Verdächtigungen nicht belastet wird, notwendig sein, deutsche Konzessionsbereitschaft erkennen zu lassen?

Strauß: Das hat mit der Europäisierung der deutschen Frage nur indirekt etwas zu tun. Ich verstehe natürlich, was Sie meinen. Es geht aber um das historische Modell. Und ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen.

ZEIT: Sie glauben an das normale Zusammenleben eines westdeutschen und eines ostdeutschen Staates innerhalb einer übergreifenden europäischen Struktur?

Strauß: Ja, aber nicht in der Form eines Zusammenlebens der Bundesrepublik mit einer zum Pseudo-Staat erhobenen sowjetischen Besatzungszone. Es mag ein Wunder geschehen, es mögen neue Entwicklungen eintreten, aber das ist ja alles dann politisches Kaffeesatz-Lesen. Ich kann mir unter den gegebenen und vorausschaubaren Umständen und den möglichen Entwicklungen und Entwicklungslinien nicht vorstellen, daß ein gesamtdeutscher Nationalstaat wieder entsteht, sei er auch neutralisiert, aber ungebunden.

...

ZEIT: Und Sie würden als deutscher Politiker vom Rednerpult des Bundestages herunter eine Lösung empfehlen, die Kontakte schafft, die innerhalb eines großen freiheitlich-europäischen Rahmens Freiheit schafft auch für das andere Deutschland, aber die nationale Wiedervereinigung im herkömmlichen Sinne zunächst ausschließt?

Strauß: Zunächst ausschließt. Das ist ein kluger Ausdruck. Zunächst ausschließt und dann vielleicht diese Frage unter Umständen als nicht mehr existent erscheinen läßt."

Vor elf Jahren hat Strauß in einem Buch, also doch wohl nach reiflicher Überlegung, geschrieben. (Franz Josef Strauß: Herausforderung und Antwort, Stuttgart 1968, S. 143):

o "Ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates. Nur im Rahmen eines vereinigten Europa wird die deutsche Frage zu lösen sein. Deutschland braucht dieses vereingte Europa schon deshalb mehr als jedes andere Land."

Damit kein Mißverständnis aufkomme: Weder die SPD noch Herbert Wehner benötigen Herrn Strauß als Alibi. Sie machten sich seine Bewertungen auch nicht zu eigen. Aber die Frage muß beantwortet werden, weshalb es Politikern der Opposition "ungestraft" erlaubt sein soll, öffentlich über den Begriff "Wiedervereinigung" nachzudenken, anderen aber nicht. Wenn verantwortungsbewußtes Nach-Denken und Weiter-Denken von führenden Oppositionspolitikern nur noch mit Haßausbrüchen und Verleumdungen beantwortet wird, dann offensbaren sie nicht nur den Niedergang der Union. Die Sucht der Opposition, mit aller Gewalt, selbst um den Preis der eigenen Glaubwürdigkeit, Feindverhältnisse aufzubauen statt sich an einer Sachauseinandersetzung angemessen zu beteiligen, ist nicht nur krankhaft. Hier zeigt sich ihre Unfähigkeit, an der Aufgabe mitzuwirken, die deutschen Interessen zu bewahren und zu sichern. Wann endlich wird die Opposition fähig werden, zu der Aufgabe der deutschen Politik eigene Beiträge zu leisten, die nach wie vor an erster Stelle steht: Den Frieden dauerhaft zu sichern und die Lebensinteressen des deutschen Volkes zu wahren? Ob Herr Dr. Zimmermann antwortet oder nicht: Die Feindschaftspolitik der Opposition schadet den deutschen Interessen in jedem Falle!

(-/20.4.1979/ks/hgs)

Smith betrügt die Schwarzen und die ganze Welt

Will der Westen sein Gesicht in Afrika völlig verlieren?

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Dieser Tage im Fernsehen hörte man Referent Vitole hoffnungsfroh sagen: Es sei doch alles erreicht, um was die Schwarzen in Rhodesien so hart und lange gekämpft haben, nämlich eine Wahl "one man, one vote".

Dazu die Bilder des Wahlganges: Schwerebewaffnete führen die Wähler wie eine Schafherde zur Urne. Das ganze Land im Kriegszustand. Dazu Aussagen Schwarzer, von beobachtenden Journalisten unterstrichen: Daß die Parteien die schwarzen Menschen mit existenzbedrohenden Maßnahmen zur Mitgliedschaft zwingen, daß die Parteien mit eigenen Truppen nicht nur die Guerillos abzuwehren suchen, sondern auch potentielle Anderswähler töten.

Am Referendum, das diese Wahl vor einem Vierteljahr beschloß, waren nur die Weißen beteiligt. Sie allein bestimmten damit die Bedingungen des verfassungsrechtlichen Rahmens, in dem die schwarze Mehrheit "Demokratie spielen darf". Von vornherein steht fest, daß es 28 weiße Abgeordnete im Parlament geben wird, die gesondert gewählt beziehungsweise einfach bestätigt werden. Jetzt wählt man allein die 72 schwarzen Abgeordneten. Das heißt, man stimmt lediglich für Parteien. Fest steht, daß auf Jahre hinaus die weiße Minderheit uneingeschränkt über Militär, Polizei und Außenpolitik bestimmt, weiterhin bestimmt, und die Minderheit wird auch auf Jahre hinaus darüber befinden, welche Gesetze das Parlament zulassen darf und welche nicht.

Smith spielt ein betrügerisches Spiel mit den Schwarzen in seinem Lande und der ganzen Welt. Daß er das so ungeniert tun kann, ist ein Schlag ins Gesicht des Westens. Amerika und England haben offensichtlich resigniert; sie wollen warten, wie sich die Dinge nun entwickeln. Geschickt hat Smith immer wieder die alte Platte abgespielt, die man auch aus Südafrika bis zum Überdruß kennt: "Die weißen Afrikaner seien die

letzte Bastion gegen den heranbrandenden Kommunismus, die letzten Verteidiger abendländischer Kultur und christlicher Werte. Damit wird die Ursache der Aufstände bewußt verschleiert, und gerade damit werden die Voraussetzungen geschaffen, wie man das auch in Südafrika tat und tut, daß sich der Ostblock wirklich massiv in den Konflikt einschalten konnte. Wir im Westen hätten dem ja keinen Glauben schenken brauchen, hätten wir nicht in erster Linie Rücksicht auf unsere eigenen Interessen zu nehmen! Smith dagegen spricht von der Möglichkeit einer Wirtschafts- und Zollunion mit Südafrika nach der Wahl, von militärischem Engagement Südafrikas in Rhodesien. "Smith hat sich nicht geändert", sagte Julius Nyrère Ende März dieses Jahres. "Er will keine wirkliche Mehrheitsregierung. Das große Versäumnis der Briten und Amerikaner war, sagt er, daß sie nicht gesagt haben, 'wenn Du uns nicht nachgibst, werden wir Truppen schicken'. Daß der Krieg weitergeführt wird, liegt nicht im Interesse des Westens. Wir wollen, daß er beendet wird. Dafür haben wir entsprechende Vorschläge ausgearbeitet..."

Aber der Westen hat immer darauf gehofft, daß südafrikanischer Druck Smith zur Vernunft bringen werde, hat aber niemals gewagt, Südafrika zu drängen, damit es Smith drängt, unter anderem weil der Westen hoffte, mit Südafrika in Beziehung auf Namibia zur Zusammenarbeit zu kommen. Dabei ist er allerdings von Südafrika übers Ohr gehauen worden. Weil der Westen sich entschieden hat, nett zu bleiben, entschied sich Südafrika hart zu bleiben, sagt Julius Nyrère.

Kann es bei der Beschaffenheit der offensichtlichen Wahl- und Zukunftsmanipulation in Rhodesien verwundern, daß die Führer der schwarzen Befreiungsbewegungen dieser Scheinlösungen nicht zustimmen? Kann auch angesichts der massierten kriegerischen Übergriffe auf die Nachbarländer, wo vor allem Zivilbevölkerung getötet wird, und des kriegerischen Zustands im Land irgendjemand von freien und fairen Wahlen reden? Es wäre ungeheuerlich, wollte irgendjemand das Wahlergebnis und die daraus resultierenden Fakten anerkennen! (Der UN-Sicherheitsrat und die EG-Außenminister haben erklärt, sie werden die Wahl als null und nichtig betrachten).

Zudem: Für lange Übergangsfristen einer Scheinmehrheit ist in Afrika keine Zeit mehr. Das hätte man sich im südlichen Afrika vor 20 Jahren überlegen sollen. Und das Beobachten einer solchen Wahl ist eine Farce: Ausländer werden potemkinsche Dörfer sehen (siehe Namibia). Ich frage mich, ob der Westen sich mit dem Smith'schen Trick zufrieden geben wird und ob er das kann, ohne in Afrika völlig das Gesicht zu verlieren.

(-/20.4.1979/ks/hgs)

Die eingefahrenen Gleise verlassen

Entspricht unsere Entwicklungspolitik den tatsächlichen Bedürfnissen?

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zu den einem Entwicklungspolitiker am häufigsten gestellten Fragen gehören die nach dem Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt für uns und nach den möglichen Auswirkungen für uns, falls wir nichts tun. Wir können auf beides zwar politische Antwort geben auf der Basis unserer Überzeugung als Sozialdemokraten, daß auch weltweit soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten auch für die Privilegierten nicht von Dauer sein können, aber konkrete Aussagen über unsere Verflechtungen mit der Dritten Welt und unsere Abhängigkeit von ihrem Wohlergehen sind bisher Stückwerk geblieben. Deshalb hat der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages beschlossen, mit Beteiligung des Wirtschaftsausschusses eine öffentliche Anhörung zum Thema "Nord-Süd-Verflechtung" zu veranstalten. Wir erhoffen uns von dem Hearing Antworten vor allem in vier Bereichen:

- Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd sollen beurteilt und daraus Schlüsse hinsichtlich der Notwendigkeit verstärkter Förderung der Entwicklungsländer gezogen werden;
- der notwendige Umfang eines umfassenden Investitionsprogramms der Industriestaaten zugunsten der Dritten Welt, zu dessen Ausgestaltung eine Reihe von Vorschlägen aus einzelnen Ländern und internationalen Organisationen vorliegen, soll dargestellt und die Rückwirkungen eines solchen Programms auf die Wirtschaft der Industriestaaten geprüft werden;
- wir wollen wissen, welche Regionen und Sektoren in der Dritten Welt sich für eine Förderung im Interesse von Nord und Süd am besten eignen;
- es soll dargestellt werden, welche Instrumente am besten geeignet sind, um den Kapitalfluß aus den Industriestaaten in den Entwicklungsländern so zu verstärken, daß er zu einem wesentlichen Fortschritt in der Dritten Welt führen kann.

Eine Reihe namhafter Fachleute aus dem In- und Ausland sind gebeten worden, dem Ausschuß schriftliche Antworten auf ihnen vorab gestellte Fragen als Basis für die

Anhörung am 23. und 25. April zur Verfügung zu stellen. Einige der Sachverständigen haben sich zu den in dem Hearing anzusprechenden Problemen bereits geäußert, und es schält sich folgender Eindruck heraus:

- Die Verflechtung zwischen Nord und Süd wird allgemein erkannt, daran wird die Erwartung gegenseitiger positiver Wirkungen bei wirtschaftlichem Wachstum geknüpft, wobei für die Entwicklungsländer die entscheidenden Impulse von den Industriestaaten ausgehen müssen;
- jede Form der Übertragung von Kapital in die Dritte Welt wird in der Bundesrepublik Deutschland Nachfrage erzeugen;
- für strukturelle Schwierigkeiten in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen in den Industriestaaten spielen in der Dritten Welt liegende Ursachen nur am Rande eine Rolle, wenn auch ihr Gewicht dort stärker wird, wo überholte Strukturen gegen den Trend der internationalen Arbeitsteilung gehalten werden;
- die Inflationsgefahr durch einen massiven verstärkten Kapitaltransfer in die Dritte Welt wird allgemein gering eingeschätzt;
- neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, die aus Haushaltsmitteln finanziert wird, sind verschiedene Formen der Mischung öffentlicher Mittel mit privatem Kapital zur Intensivierung der Finanzierungsmöglichkeiten denkbar und werden positiv beurteilt.

Es ist sicherlich zu früh, aufgrund dieser Zwischenergebnisse Vermutungen über das Endresultat der Anhörung anzustellen. Auf jeden Fall sollen die Ergebnisse dieser Anhörung die Grundlage für die Entscheidung sein, ob unsere derzeitige Politik gegenüber der Dritten Welt deren tatsächlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen entspricht oder welche neuen Wege wir finden müssen, um den berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer bei angemessener Wahrung unserer eigenen Interessen zu entsprechen. Wir werden gut daran tun, dabei alte, eingefahrene Gleise zu verlassen.

(-/20.4.1979/ks/hgs)

+ + +